

Signa-Pleite: Ex-Vorstände und Gläubiger im Milliarden-Streit!

Die Signa Development kämpft gegen Rückforderungen von Millionen Euro, während die Insolvenz zunehmend komplizierter wird.



Wien, Österreich - In einem explosiven Bericht über die Signa Holding, einem der größten Immobilienentwickler Europas, werden massive finanzielle Unregelmäßigkeiten aufgedeckt. Laut der „Salzburger Nachrichten“ fordert die Insolvenzverwalterin von René Benkos Signa Development insgesamt über 4 Millionen Euro von mehreren ehemaligen Führungskräften zurück. Darunter befinden sich Forderungen von 488.000 Euro gegen Ex-Kanzler Gusenbauer und 218.000 Euro gegen Wüstenrot-Chefin Susanne Riess-Hahn. Mindestens zwei frühere Aufsichtsräte haben bereits Zahlungen geleistet, während die Rückforderung von Timo Herzberg, dem entlassenen Vorstand, in Höhe von 3,6 Millionen Euro noch aussteht. Dies sind nur einige der großangelegten

Anfechtungsklagen, die sich aus der Insolvenz ergeben haben, wie die „Salzburger Nachrichten“ berichteten.

Rechtliche Auseinandersetzungen nehmen ihren Lauf

In den letzten Monaten vor der Insolvenz flossen zudem laut einem Bericht der Financial Times 300 Millionen Euro an Benko-Privatstiftungen. Diese Transaktionen haben den Verdacht erhärtet, dass Signa und Benko von der bevorstehenden Zahlungsunfähigkeit wussten. Die Darlehen, die an Benkos Laura Stiftung gezahlt wurden, standen im Mittelpunkt der Ermittlungen. Dies geschah alles, während die Signa-Holding versuchte, ihre finanzielle Lage zu stabilisieren.

Mit dem Wechsel von einem Eigenverwaltungsverfahren in die reguläre Insolvenz verliert die Signa Holding nun zunehmend Kontrolle über ihre Geschäfte. Der Insolvenzverwalter Christoph Stapf wird nun die Geschäfte leiten, während die Gläubiger am 18. März über einen Sanierungsplan abstimmen. Die angegebene Sanierungsquote von 30 Prozent innerhalb von zwei Jahren bleibt bis auf weiteres bestehen. Experten erwarten keine dramatischen Auswirkungen auf die Restrukturierungsmaßnahmen, die bereits in den letzten Monaten eingeleitet wurden, vertreten jedoch die Auffassung, dass umfassende Informationen nötig sind, um den Sanierungsplan persönlich zu bewerten, so die Berichte von der Financial Times und den Gläubigerschutzverbänden.

Details	
Vorfall	Insolvenz
Ort	Wien, Österreich
Quellen	• wien.orf.at • www.merkur.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at